

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 9 – Kommunalrechtliche Vorschriften

Dazu sagt der Vorsitzende
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Karl-Martin Hentschel:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 233.04 / 17.06.2004

Novelle der Kommunalverfassung notwendig

Meine Fraktion begrüßt den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion. Die Forderung, die Methode Hare-Niemeyer als Zählverfahren bei der Ausschussbesetzung einzuführen und die Forderung nach einem Grundmandat entsprechen beide unserem Programm und werden von uns unterstützt.

Mit der Einführung des Hare-Niemeyer-Verfahrens würde endlich sichergestellt, dass alle Fraktionen annähernd proportional ihrer Größe in den Ausschüssen vertreten wären. Durch das Grundmandat würde zudem die Mitarbeit aller Fraktionen sichergestellt.

Dies ist auch deshalb wichtig, weil in den Kommunalparlamenten anders als im Landtag auch letztendliche Entscheidungen an die Ausschüsse delegiert werden. Wer nicht in den Ausschüssen vertreten ist, wird deshalb von der Mitwirkung an den Entscheidungen ausgeschlossen.

Auf diese Weise würden auch Zählgemeinschaften überflüssig werden.

In der Koalition gibt es dazu allerdings unterschiedliche Auffassungen. Deshalb haben wir Gespräche vereinbart, um die Rechtsunsicherheit aufgrund der unterschiedlichen Rechtsauffassungen des Innenministeriums und des Wissenschaftlichen Dienstes zu beseitigen.

Der Kompromiss könnte darin bestehen, Zählgemeinschaften dann für zulässig zu erklären, wenn sie dem Minderheitenschutz dienen. Sollten dadurch die Mehrheitsverhältnisse des Rates nicht mehr in den Ausschüssen ausreichend abgebildet werden, könnte dies durch Ausgleichsmandate korrigiert werden.

Ich bin zuversichtlich, dass es dabei gelingt, dem Anliegen von kleinen Fraktionen Rechnung zu tragen, damit sie auch an der Ausschussarbeit in den Kommunen beteiligt werden.
